

Julian Heißler

# Traum und Albtraum

Amerika und die vielen  
Gesichter der Freiheit

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2023

Alle Rechte vorbehalten

[www.herder.de](http://www.herder.de)

Satz: Zero Soft, Timișoara

Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN Print 978-3-451-39645-8

ISBN E-Book (EPUB) 978-3-451-83104-1

*Für Annett, Lara und Emily*



# Inhalt

Land der Freiheit .....	9
Freies Volk.....	21
Freier Körper .....	49
Freiheit in Sicherheit.....	67
Freies Wort .....	95
Freie Wahl.....	121
Freie Wirtschaft.....	139
Freies Land.....	163
Freie Welt .....	181
Freie Zukunft?.....	199
Anmerkungen.....	213



# Land der Freiheit

Am 4. Juli 2022 wollte Gavin Newsom ein bisschen zündeln. Bis zum Wahltag im November, an dem sich der Gouverneur von Kalifornien eine zweite Amtszeit sichern wollte, war es noch einige Monate hin. Trotzdem schaltete der Demokrat schon einmal einen kurzen Werbespot. „Die Freiheit in eurem Bundesstaat wird angegriffen“, sprach Newsom über die Melodie des Lieds *America the Beautiful* in die Kamera. Er warnte vor Bücherverboten in Schulen, vor Einschränkungen des Wahlrechts, vor der Kriminalisierung von Abtreibung. Dann rief er die Zuschauer zum Widerstand auf. „Lasst nicht zu, dass sie euch eure Freiheit wegnehmen.“ Der Clou: Der Clip lief nicht in Kalifornien, sondern auf der anderen Seite des Kontinents. In Florida.<sup>1</sup>

Ausgerechnet Florida. Seit 2019 regiert dort der Republikaner Ron DeSantis. Und kaum ein Thema ist dem ambitionierten Gouverneur wichtiger als die Freiheit. Als während der COVID-19-Pandemie weite Teile der USA im Lockdown verharrten, Maskenpflichten allgegenwärtig und Schulen geschlossen waren, schaffte DeSantis den größten Teil der Einschränkungen bereits wieder ab.<sup>2</sup> Es war eine Entscheidung, die sich für den Gouverneur auszahlte. Zwar fällt Floridas Virusbilanz eher durchwachsen aus – gemessen an der Bevölkerung verzeichnete der Staat viele Infektionen und Todesfälle –, allerdings schnitten Staaten mit deutlich drakonischeren Einschränkungen nicht unbedingt besser ab.<sup>3</sup> So stieg DeSantis für einen Teil der Bevölkerung zu einem Helden auf – zum Freiheitskämpfer in einer Zeit, als anderswo Vorsicht und Angst regierten. Das Image blieb haften. Es dauerte nicht lange, bis der Gouverneur seine Heimat als *Free State of Florida* vermarktete. „Gemeinsam haben wir Florida zum

freiesten Staat der Vereinigten Staaten gemacht“, so DeSantis in einer Rede vor der Legislatur. „Während so viele im Land die Rechte des Volkes auf den Friedhof verbannt haben, hat Florida die Vorhut der Freiheit gebildet.“<sup>4</sup>

Und die Vorhut marschierte weiter.

DeSantis' Freiheitsvision bildete die Grundlage für eine ganze Reihe neuer Gesetze und Verordnungen, mit denen er gemeinsam mit der satten republikanischen Mehrheit in der Legislatur den ehemaligen Swing State in den vergangenen Jahren radikal umgebaut hat. Unter der Ägide des Gouverneurs wurden das ohnehin laxe Waffenrecht weiter gelockert,<sup>5</sup> die ohnehin niedrigen Steuern um einen Rekordbetrag gesenkt.<sup>6</sup> Doch DeSantis ging weiter. Florida verbannte Themen wie sexuelle Orientierung und Identität aus dem Schulunterricht<sup>7</sup> und stellte Regeln auf, die es Eltern erleichterten, gegen Bücher in Schulbibliotheken vorzugehen.<sup>8</sup> Der Staat führte ein restriktives Abtreibungsrecht ein,<sup>9</sup> verschärfte das Wahlrecht.<sup>10</sup> Kritiker sehen in solchen Schritten längst keine Freiheitsagenda mehr, sondern ein Abrutschen des Staats in den Autoritarismus. „Wir werden derzeit nicht regiert“, sagt Anna Eskamani, demokratische Abgeordnete in der Legislatur von Florida. „Wir erleben eine Diktatur.“

Doch für DeSantis' Anhänger liegen die Dinge anders. Sie sehen in seinen Maßnahmen notwendige Schritte, um den überbordenden Einfluss des Staates und vermeintlich abgehobener Eliten zurückzudrängen. Die Schulpolitik des Republikaners etwa betrachten sie als überfällige Rückverlagerung des Erziehungsrechts zu den Eltern, die selbst bestimmen wollen, mit welchen Inhalten ihre Kinder konfrontiert werden. Mehr Kontrollen bei der Stimmabgabe stärken aus dieser Perspektive das Vertrauen in den demokratischen Prozess, Einschränkungen beim Recht auf Schwangerschaftsabbruch schützen das Leben eines ungeborenen Menschen. Auch das, heißt es in Florida, ist Freiheit. Und DeSantis verteidige sie. Das kommt an. 2022 wur-



de er mit einem so deutlichen Vorsprung wiedergewählt, wie es ihn in dem traditionell knappen Bundesstaat seit 40 Jahren nicht mehr gegeben hatte.<sup>11</sup> Schon damals war klar, dass die Ambitionen des Gouverneurs nicht in Tallahassee enden. Im Mai 2023 erklärte er seine Kandidatur für das Weiße Haus.<sup>12</sup> Und ins Oval Office soll ihn seine Vision der Freiheit katapultieren. Der Titel seiner Wahlkampfbiografie lautet: *The Courage to be Free* – Der Mut, frei zu sein.

Gavin Newsom bleibt derweil vorerst in Kalifornien. Eine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2024 hat er ausgeschlossen. Seine Partei, die Demokraten, haben mit Joe Biden schließlich einen Kandidaten. Doch seinen Kampf hat er nicht aufgegeben. Seit er im November 2022 ebenfalls mit enormem Vorsprung wiedergewählt wurde, wirbt er für seine Vision von Freiheit. Und die könnte nicht gegensätzlicher ausfallen als die seines Amtskollegen aus Florida. „Während sie nach Freiheit schreien, diktieren sie den Menschen die Entscheidungen, die sie treffen dürfen“, so Newsom anlässlich seiner zweiten Amtseinführung mit Blick auf DeSantis und seine Verbündeten. „Sie schüren die Flammen dieser zermürbenden Kulturkriege. Sie verbieten Abtreibung, sie verbieten Bücher, sie verbieten die freie Meinungsäußerung im Klassenzimmer.“ Kalifornien werde dem etwas entgegensetzen. „Freiheit ist unsere Essenz, unser Markenname – die Idee, dass hier jeder von überall aus alles erreichen kann.“<sup>13</sup> Auf seine Heimat will er dieses Credo nicht begrenzen. Längst hat er eine Organisation gegründet, um seine Vision auch in Red States zu verbreiten – also Bundesstaaten, die fest in der Hand der Republikaner sind. Dort warb Newsom für seinen gesellschaftlichen Gegenentwurf. „Im ganzen Land greifen die extremistischen Republikaner systematisch die Grundlagen einer freien Gesellschaft an“, begründete der Kalifornier seine Arbeit. Dem wolle er etwas entgegensetzen.<sup>14</sup>

Mit DeSantis' Vorstellung von Freiheit haben die Pläne des Demokraten kaum etwas gemeinsam. Für Newsom bedeute

Freiheit das Recht, Ja zu sagen: zur Abtreibung, zur staatlich finanzierten Gesundheitsversorgung für Einwanderer, zur geschlechtsangleichenden Behandlung von Kindern, schrieb die *AP* einmal. Für DeSantis bedeute Freiheit hingegen das Recht, Nein zu sagen: zu COVID-19-Impfstoffen, zu illegaler Einwanderung, zu dem, was er „Indoktrination“ in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in öffentlichen Schulen nennt.<sup>15</sup>

Ja oder nein. Freiheit zu oder Freiheit von. Positive Freiheit oder negative Freiheit, wie es in der Politikwissenschaft heißt. Entlang dieser Konfliktlinie verläuft ein Riss durch die amerikanische Gesellschaft. Und er wird immer tiefer. Die Kontroverse geht weit über die Konkurrenz zweier ambitionierter Gouverneure hinaus. Sie prägt das Land heute auf allen Ebenen. Denn Freiheit, das ist der universelle Wert der Vereinigten Staaten, die tragende Säule des amerikanischen Experiments. Kein anderer Wert ist so tief im Selbstverständnis der Nation verankert. Doch was unter dem Begriff verstanden wird, ist höchst unterschiedlich. Und wenn diese widerstreitenden Vorstellungen aufeinanderprallen, dann folgen häufig Konflikte. Denn wer Freiheit definiert, definiert Amerika.

Das haben längst auch die Anführer der beiden großen politischen Parteien erkannt. Als Joe Biden im April 2023 offiziell seine erneute Präsidentschaftskandidatur erklärte, veröffentlichte sein Wahlkampfteam ein dreiminütiges Video, das den Kampf um die Freiheit ins Zentrum rückte. „Die Frage, vor der wir stehen, ist, ob wir in den kommenden Jahren mehr Freiheit oder weniger Freiheit haben werden. Mehr Rechte oder weniger“, so der Präsident in dem Spot. Zuvor hatte das Video bereits Bilder des Sturms aufs Kapitol vom 6. Januar 2021 gezeigt, von Demonstranten gegen Beschränkungen des Abtreibungsrechts – und von Ron DeSantis und Donald Trump. Das erste Wort, das Biden spricht: Freedom.<sup>16</sup>

Und auch Trump begründet seine erneute Kampagne mit dem Freiheitskampf. Nachdem der Ex-Präsident im Juni 2023 von einem Sonderermittler des Justizministeriums vor einem Bundesgericht in Florida angeklagt worden war, erklärte er seine rechtlichen Probleme mit seinem Kampf für diesen fundamentalsten amerikanischen Wert: „Sie wollen mir meine FREIHEIT nehmen, denn ich werde NIEMALS zulassen, dass sie euch eure FREIHEIT nehmen“, so Trump auf seiner Social-Media-Plattform.<sup>17</sup> So präsentiert sich das ehemalige Staatsoberhaupt als Kämpfer für die Freiheitsvision seiner Anhänger – als Verteidiger ihrer Interessen und Verfechter ihrer Anliegen. Und diese passen so gar nicht zu den Vorstellungen der Unterstützer von Biden oder Newsom. Und eine Versöhnung scheint ausgeschlossen.

Es ist ein Konflikt, der in der amerikanischen Gesellschaft verwurzelt ist. Die Widersprüche, die auch heute wieder hervortreten, sind seit der Gründung des Landes Teil der DNA der Vereinigten Staaten. Als der Zweite Kontinentalkongress am 4. Juli 1776 die Unabhängigkeit der 13 Kolonien von der britischen Krone erklärte, beriefen sich die Rebellen auf ihre vermeintlich gottgegebenen Rechte, proklamierten die Freiheit und Gleichheit aller Menschen. „Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, dass zu diesen Rechten Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören“, heißt es in der Unabhängigkeitserklärung.<sup>18</sup> Doch mit der gelebten Realität in der jungen Nation hatte diese Verkündung nur wenig zu tun. Mehr als 20 Prozent der amerikanischen Bevölkerung waren damals versklavt.<sup>19</sup> Von Freiheit und gleichen Rechten waren diese Menschen ausgeschlossen. Gleiches galt für Frauen. Diese sollten erst 1920 das Wahlrecht erhalten.<sup>20</sup> Dass sie Männern rechtlich gleichgestellt sind, ist bis heute nicht in der amerikanischen Verfassung festgehalten.<sup>21</sup>

Natürlich wurden die USA seit ihrer Gründung immer freier, immer inklusiver. Doch dieser Fortschritt verlief alles andere als linear. Mehr als einmal durchlebte das Land Krisen, die das Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie ernsthaft bedrohten. Im 19. Jahrhundert zerriss der Streit über die Zukunft der Sklaverei das Land – ein Konflikt, der schlussendlich nur durch den Bürgerkrieg gelöst werden konnte. Während der sozialen Verwerfungen der Großen Depression verhinderten wohl nur die Persönlichkeit und Amtsführung von Präsident Franklin Delano Roosevelt ein Scheitern des Systems.<sup>22</sup> Das Land ging durch Unruhen, Rebellionen, Unterdrückung und Prohibition, erlebte Massaker, Rassismus und McCarthyismus. Trotzdem konnte nichts davon den Glauben eines großen Teils der Bevölkerung daran erschüttern, dass ihre Nation die Heimat der Freiheit ist. Die Amerikaner glaubten, sie seien „die einzigen Menschen, die wahre politische Freiheit genießen“, schrieb der britische Autor James Bryce bereits 1888. Ganz überzeugt war er allerdings nicht. „Ich habe die Amerikaner oft gefragt, worin sie ihre Freiheit im Vergleich zu der der Engländer für besser halten, aber sie waren nie in der Lage, einen einzigen Punkt zu nennen, in dem der einzelne Mensch in England schlechtergestellt ist, sei es in Bezug auf seine privaten Bürgerrechte, seine politischen Rechte oder seine allgemeine Freiheit, zu tun und zu denken, was ihm gefällt.“<sup>23</sup>

Trotzdem: Die Freiheit ist der Kern des amerikanischen Experiments. Als die Kolonien ihre Unabhängigkeit erklärten, versuchten sie etwas radikal Neues. Zwar orientierten sich die Gründerväter beim Ausarbeiten der Verfassung im Jahr 1787 an antiken Vorbildern wie die attische Demokratie oder die römische Republik, doch der Freiheitsbegriff, den sie ins Zentrum des neuen Staates stellten, war etwas anderes. In Athen und Rom war die Freiheit einer kleinen Klasse vorbehalten. Das galt in den jungen Vereinigten Staaten zwar zunächst auch, doch der formu-

lierte Anspruch war ein anderer. Plötzlich sollte jeder Mensch die Freiheit für sich beanspruchen können. Eine gänzlich neue Idee. Zwar war das Konzept der Freiheit des Individuums keine Erfindung der Gründerväter – John Locke etwa hatte es bereits rund 100 Jahre vor der Amerikanischen Revolution ins Zentrum seiner *Zweiten Abhandlung über die Regierung* gestellt<sup>24</sup> – doch dass dieser Wert universell gelten sollte, das hatte es in dieser Form noch nicht gegeben.

Dass Ideal und Wirklichkeit lange Zeit auseinanderklafften, änderte nichts an der Bedeutung dieses Vorstoßes. Freiheit war plötzlich etwas, worauf sich alle Menschen in den Vereinigten Staaten zumindest theoretisch berufen konnten. Damit schuf der Wert ein gemeinsames Fundament für die ansonsten sehr unterschiedlichen 13 ehemaligen Kolonien, die nun einen neuen Staat bilden sollten. Aus dieser Geschichte zieht der Wert bis heute seine besondere Stellung für die USA. „Keine Idee ist für das Selbstverständnis der Amerikaner als Individuen und als Nation grundlegender als die Freiheit“, schreibt der Historiker Eric Foner.<sup>25</sup>

Doch ebendieser Universalitätsanspruch führte bald zu Problemen. Schließlich ist der Begriff der Freiheit so weitreichend, dass er beinahe alles umfassen kann. „Die Welt hat nie eine gute Definition des Wortes Freiheit gehabt, und das amerikanische Volk braucht gerade jetzt eine solche“, so Präsident Abraham Lincoln während des Bürgerkriegs in einer Rede in Baltimore. „Wir alle sind für die Freiheit, aber wir meinen mit diesem Wort nicht alle dasselbe. Für die einen mag das Wort Freiheit bedeuten, dass jeder mit sich selbst und dem Produkt seiner Arbeit machen kann, was er will; für die anderen kann dasselbe Wort bedeuten, dass einige Menschen mit anderen Menschen und dem Produkt der Arbeit anderer Menschen machen können, was sie wollen. Es handelt sich also um zwei nicht nur verschiedene, sondern unvereinbare Dinge, die mit demselben Namen, nämlich Freiheit,

bezeichnet werden. Daraus folgt, dass jedes dieser Dinge von den jeweiligen Parteien mit zwei verschiedenen und unvereinbaren Namen bezeichnet wird: Freiheit und Tyrannei.“<sup>26</sup>

Lincolns Worte waren kein Beitrag zu einer theoretischen Debatte. Während des Bürgerkriegs von 1861 bis 1865 beriefen sich beide Seiten auf die Freiheit, nicht nur die, deren Ziel es war, die Sklaverei abzuschaffen und damit die Ursünde der USA zu korrigieren. „Die Briefe und Tagebücher vieler konföderierter Soldaten strotzten vor Freiheitsrhetorik“, schreibt der Historiker James M. McPherson.<sup>27</sup> Dabei standen die Confederate States of America, wie sich die abtrünnigen Südstaaten nannten, offen für den Erhalt der Sklaverei, für eine rassistische Hierarchie, die Schwarze der Herrschaft einer weißen Elite unterordnete – eine Vorstellung, die mit dem Konzept der Freiheit aller Menschen nicht zu vereinbaren ist.

Im Süden sah man das Konzept der Gründerväter deshalb auch als fehlerhaft an. Die Verfassung der Vereinigten Staaten basiere auf einer „fundamental falschen“ Idee, sagte etwa Alexander H. Stephens, der Vizepräsident der Konföderierten. „Sie stützten sich auf die Annahme der Gleichheit der Rassen. Das war ein Irrtum. Es war ein sandiges Fundament, und die darauf aufgebaute Regierung stürzte, als der Sturm kam und der Wind wehte“, so Stephens weiter. „Unsere neue Regierung gründet sich auf genau die entgegengesetzte Idee; ihr Fundament, ihr Grundstein ruht auf der großen Wahrheit, dass der Schwarze dem Weißen nicht gleichgestellt ist, dass die Unterordnung unter die höhere Rasse sein natürlicher und normaler Zustand ist.“<sup>28</sup>

Der Süden verlor den Krieg und damit auch den Wettbewerb um das Freiheitsverständnis. Allerdings verschwanden die Vorstellungen der Konföderierten nicht mit ihrer Niederlage. Noch rund 100 Jahre nachdem die Südstaaten bei Appomattox, Virginia, kapituliert hatten, war die Verbindung von Rassismus und Freiheit in Teilen des Landes allgegenwärtig. Das effektive Apartheidsys-

tem, das in den Südstaaten nach dem Ende des Bürgerkriegs etabliert wurde, verstand sich ebenfalls als Bollwerk der Freiheit – und sah in den Versuchen der Bundesregierung, an den Zuständen im Zuge der Bürgerrechtsbewegung etwas zu ändern, das Herausziehen der Tyrannei. „Segregation heute, Segregation morgen, Segregation für immer“, rief George Wallace, der Gouverneur von Alabama anlässlich seiner Amtseinführung im Jahr 1963. Diese Forderung, erklärte er, sei ein „Trommeln für die Freiheit“. Insgesamt erwähnte der Demokrat das Wort *freedom* 24-mal in seiner Rede.<sup>29</sup> Und auch danach berief er sich immer wieder auf den Wert. Den Civil Rights Act von 1964 etwa, der unter anderem rassistische Diskriminierung unter Strafe stellte, nannte Wallace „das Messer eines Mörders im Rücken der Freiheit“.<sup>30</sup>

Das Beispiel Wallace zeigt, wie widersprüchlich der Begriff verwendet werden kann. Auch heute noch. 2018 schrieb der Autor Ta-Nehisi Coates einen Essay über Kanye West. Der Rapper war zuvor mit zunehmend kontroversen Äußerungen an die Öffentlichkeit gegangen. Die Sklaverei etwa bezeichnete er als eine „Entscheidung“ der schwarzen Bevölkerung. Kritik an seinen Aussagen wies er mit dem Hinweis zurück, er sei nun einmal ein „Freidenker“.<sup>31</sup> Coates sah bei dem (schwarzen) West einen bestimmten Freiheitsbegriff am Werk. „Weiße Freiheit“. Dies sei eine „Freiheit ohne Konsequenzen, Freiheit ohne Kritik, Freiheit, stolz und unwissend zu sein“.<sup>32</sup>

Auch dieses Verständnis des Begriffs gibt es also – und genau das macht eine Auseinandersetzung mit dem Wert so wichtig. „Selbst eine oberflächliche Vertrautheit mit dem amerikanischen politischen Diskurs zeigt, dass dieses Wort, *Freiheit*, ebenso vage wie universell, ebenso umstritten wie allgegenwärtig, ebenso reflexiv wie unausweichlich, ebenso unterdrückend wie befreiend ist“, schreibt der Historiker Jefferson Cowie.<sup>33</sup>

Denn natürlich sind auch die positiven Entwicklungen innerhalb der USA aufs Engste mit dem Wert verbunden. Indem

die Gründerväter die Freiheit des Individuums in den Mittelpunkt ihres Experiments stellten, legten sie den Grundstein für deren immer weitere Verbreitung. Die Worte der Unabhängigkeitserklärung, ihre Kodifizierung in der Verfassung und die Garantie der Freiheiten in der Bill of Rights ließen sich, einmal in der Welt, nie mehr einfangen. Sie boten den Unterdrückten des Landes einen Ankerpunkt, von dem aus sie für ihre Rechte kämpfen konnten. Der schwarze Abolitionist Frederick Douglass etwa berief sich auf die Gründungsdokumente der Republik, als er im 19. Jahrhundert für die Abschaffung der Sklaverei kämpfte. „Die Verfassung sowie die Unabhängigkeitserklärung und die Gesinnung der Gründer der Republik geben uns eine Plattform, die breit genug und stark genug ist, um die umfassendsten Pläne für die Freiheit und den Aufstieg aller Menschen in diesem Land zu unterstützen, ohne Rücksicht auf Hautfarbe, Klasse oder Herkunft.“ Er lobte die Vereinigten Staaten für ihre Fähigkeit zum Wandel. „Ich kenne keinen Boden, der für das Wachstum von Reformen besser geeignet wäre als der amerikanische Boden. Ich kenne kein Land, in dem die Bedingungen für große Veränderungen in der gewohnten Ordnung der Dinge, für die Entwicklung richtiger Ideen von Freiheit und Menschlichkeit, günstiger sind als hier in den Vereinigten Staaten“, sagte er.<sup>34</sup> Douglass wurde versklavt geboren. Trotzdem gab ihm das Freiheitsbekenntnis der USA Hoffnung.

Er war nicht allein. Auf der Seneca Falls Convention im Jahr 1848, dem Ausgangspunkt der feministischen Bewegung in den Vereinigten Staaten, verabschiedeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine von der Aktivistin Elizabeth Cady Stanton verfasste Resolution, die die Gleichstellung von Frauen forderte. Sie beinhaltet die Worte: „Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich: dass alle Männer und Frauen gleich geschaffen sind.“<sup>35</sup> Während der Bürgerrechtsbewegung erinnerte Martin Luther King jr. die amerikanische Gesellschaft immer wieder an



ihr Gründungsversprechen, zitierte etwa die Unabhängigkeitserklärung in seiner „I Have A Dream“-Rede im Jahr 1963.<sup>36</sup> Auch heute berufen sich Freiheitsaktivisten auf die Formulierungen der Gründerväter. „Diese Worte sagen mir: ‚Mach es besser, Amerika.‘ Und was ich damit meine, ist, dass wir nie ein Land waren, in dem die Menschen wirklich gleich waren“, sagte Kevin Jennings, Chef von Lambda Legal, einer Organisation, die sich für die Gleichstellung der LGBTQ+-Gemeinde einsetzt, der *AP*. „Das ist ein Ziel, auf das wir weiter hinarbeiten müssen, und wir sind noch nicht so weit.“<sup>37</sup>

Oftmals war diese Form von Druck – das Einfordern der garantierten Freiheit – erfolgreich. Douglass traf sich während des Bürgerkriegs mehrfach mit Präsident Lincoln, drängte ihn zur Abschaffung der Sklaverei.<sup>38</sup> Die feministische Bewegung erkämpfte die politischen Rechte für Frauen. Und Kings Druck machte tiefgreifende Reformen möglich, die rassistische Diskriminierung im Alltag und bei der Ausübung des Wahlrechts verhindern sollten. Sonderlich geschätzt wurden diese Kämpfer nicht immer. Als King 1968 ermordet wurde, hatten 75 Prozent der US-Bevölkerung ein negatives Bild von ihm.<sup>39</sup> Heute wird er mit einem Denkmal auf der National Mall gewürdigt – eine Ehre, die sonst fast nur Präsidenten zuteil wird.

Dieser kurze Blick zurück zeigt: Das Freiheitsmotiv zieht sich wie kein anderes durch die amerikanische Geschichte. Es ist der Katalysator hinter der Entwicklung der Vereinigten Staaten – auch heute noch. Doch aufgrund der Unschärfe des Begriffs war und ist es auch immer eine treibende Kraft hinter den Konflikten, die das Land befallen haben. Darum geht es in diesem Buch. Es berichtet von den verschiedenen Schlachtfeldern, auf denen um das Verständnis von Freiheit gerungen wird – und soll so eine Erklärung liefern, wie die Ausrichtung der mächtigsten Nation auf dem Planeten an ihrem Grundwert das Land nach vorne bringt und gleichzeitig tief spaltet.

Ein solches Vorhaben muss an Grenzen stoßen. Die Zahl der möglichen Konfliktfelder ist so groß, dass in einer Beschreibung wie dieser zwangsläufig einige außen vor bleiben. Auch ist es trotz bester Bemühungen unmöglich, blinde Flecken vollständig zu vermeiden, die sich aus der Perspektive des Autors ergeben. Kurz: Einen Anspruch auf Vollständigkeit kann und will *Traum und Albtraum* nicht erheben. Doch trotz dieser Einschränkungen ist es wichtig, sich mit der amerikanischen Freiheit auseinanderzusetzen. Denn wer die Krise verstehen will, in der das mächtigste Land der Welt steckt, der muss die Vielschichtigkeit ihres zentralen Werts begreifen.